

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Wohlfahrtsverbände und Startup Sektor entwickeln zusammen soziale Lösungen

Fünf große Wohlfahrtsverbände wollen sich enger mit dem deutschen Startup Sektor vernetzen, um gesellschaftliche Herausforderungen besser zu bewältigen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Mit dabei sind das Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland und der Bundesverband Deutscher Startups, die gemeinsam mit den Sozialverbänden innovative Lösungen entwickeln wollen. Dafür fordern die Verbände, dass mehr Mittel für gemeinsame Begegnungs- und Experimentierräume sowie für die Verbreitung von erfolgreichen innovativen Projekten vom Staat bereitgestellt werden. Nötig seien spezielle Förderprogramme, die den Bedürfnissen sozialer Innovationen gerecht werden, damit diese entwickelt, realisiert und schließlich den Menschen und der Gesellschaft dienen könnten.

https://www.meine-caritas.de/files/newsletters/ee2e0676-a6de-472b-b8b5-40f82a85bb4f/61379acb-b006-4d30-a4a4-e8040fb75323/documents/03_Positionspapier%20Wohlfahrt%20Startup.pdf

Giffey kündigt Gesetzesinitiativen an

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) will zum Jahresende einen Vorschlag vorlegen, um Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies kündigte die Ministerin vor dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an, während sie die Planungen ihres Ministeriums für 2019 vorstellte. Außerdem sprach Giffey über das »Gute-Kita-Gesetz«. Sie hoffe, mit allen 16 Bundesländern Verträge über die jeweiligen Maßnahmen in den Ländern Vereinbarungen zu treffen, mit denen die Qualität der Kita-Betreuung verbessert werde. Zum 1. Juli solle zudem der Gesetzentwurf

der Bundesregierung zur Ermöglichung eines Freiwilligendienstes in Teilzeit für Jugendliche unter 27 Jahren in Kraft treten. Dies soll sowohl für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) als auch für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr (FSJ und FÖJ) gelten.

Weiterhin will die Ministerin Eckpunkte für einen gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter und für eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe im Achten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) vorlegen.

www.bundestag.de

NRW: Schnellere Schiedsverfahren in der Pflege

In Nordrhein-Westfalen sollen demnächst bessere Rahmenbedingungen für schnellere Schiedsverfahren in der Pflege eingeführt werden. Dies teilte Gesundheits- und Pflegeminister Karl-Josef Laumann mit. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Schiedsverfahren bei gescheiterten Pflegesatzverhandlungen seien bislang unzureichend. Es brauche einen niedrigschwelligen Zugang damit einzelne Heime ermutigt werden, solche Verfahren zu führen, sagte Laumann. In der Novelle soll gesetzlich vorgeschrieben werden, dass die Schiedsstelle in Nordrhein-Westfalen maximal drei Monate Zeit hat, um eine Entscheidung zu treffen. Nach sechs Wochen muss sie außerdem dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Verlaufsbericht vorlegen, sollte bis dahin noch keine Entscheidung gefallen sein. Auf diesem Wege soll für Einrichtungs- und Kostenträger mehr Planungssicherheit geschaffen werden. Die Schiedsstellen werden dann angerufen, wenn sich Pflegeheime und Einrichtungsträger nicht mit den Kostenträgern, Pflegekassen und den Trägern der Sozialhilfe über die individuellen Pflegesätze einigen können. Die Schiedsstelle setzt dann die entsprechenden Pflegesätze fest. In NRW wurden zwischen 2015 und 2018

insgesamt 60 Schiedsverfahren in der Pflege eingeleitet.

<https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/minister-laumann-schiedsverfahren-der-pflege-vereinfachen-und-beschleunigen>

Einhaltung der Rechte des UN-Sozialpakts

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) fordert die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt). Die Bundesregierung hatte Ende letzten Jahres angekündigt, das Zusatzprotokoll, wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbart, ebenfalls zu ratifizieren. Die im Fakultativprotokoll enthaltene Möglichkeit der Individualbeschwerde sei ein gutes Verfahren für Bürger in Ländern, in denen der Rechtsstaat nicht gut funktioniere, sagte der stellvertretende Direktor des Instituts, Michael Windfuhr, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Bisher hätten 24 Staaten das Übereinkommen ratifiziert, in weiteren 24 Staaten stehe die Ratifizierung an.

www.bundestag.de

Ausschreibung – NRW fördert kulturelle Projekte im ländlichen Raum

Mit dem Förderprogramm »Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum« will NRW die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte für die kulturelle Infrastruktur in ländlichen Regionen unterstützen. Ziel des Programms ist die Entwicklung neuer, beziehungsweise die Weiterentwicklung bereits bestehender Projekte. Kultur- und Bildungsangebote sollen zu regionalen Ankerpunkten werden und so die kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten und neue Möglichkeiten für Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt bieten.

Das Programm besteht aus zwei Förderphasen. Die erste Phase, in der es um die Konzeptentwicklung geht, läuft von Oktober 2019 bis September 2020 und wird mit 750.000 Euro gefördert. Phase zwei, in der es um die Umsetzung geht, läuft von Februar 2021 bis Dezember 2023.

Generell werden kulturelle Einrichtungen in kommunaler oder freier Trägerschaft gefördert, die mit weiteren Einrichtungen, Vereinen oder Initiativen kooperieren.

Bewerbungsende ist der 30. April 2019. Alle Informationen und Bewerbungsunterlagen zum Förderprogramm »Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum« finden Sie auch unter www.dritteorte.nrw
<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/ausschreibung-neues-foerderprogramm-staerkt-kulturelle-infrastruktur-im-laendlichen>

Bundesverband Kinderhospiz bietet Vorträge für Fachpersonal und Schulen an

Der Bundesverband Kinderhospiz bietet Informations- und Fortbildungsveranstaltungen über die Kinderhospizarbeit für Fachpersonal und Schulen an. Dabei werden Schüler genauso wie Lehrer informiert. Laut Marion Werner vom Bundesverband Kinderhospiz gibt es über 40.000 Betroffene in Deutschland. Der Bundesverband will mit den Informations- und Fortbildungsveranstaltungen konkrete Hilfen an die Hand zu geben. »Darüber – was brauchen die Betroffenen – denken wir in den Kinderhospizeinrichtungen sehr sorgfältig nach«, so Werner. »Deshalb gibt es auch so viele wertvolle Hilfsangebote, die genau zur Situation und zum Bedarf der Familien passen.«
<http://www.bundesverband-kinderhospiz.de/images/presse/190121-Fortbildungen-und-Vortraege.pdf>

Studie zu Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen

In NRW soll mittels einer Studie das Hilfsangebot für Frauen im städtischen und ländlichen Raum untersucht werden. Ziel sei es, das bestehende Hilfesystem zu verbessern und mögliche

Angebotslücken im Land zu schließen. Die Studie solle Versorgungslücken im Hilfesystem aufdecken, um eine bedarfs- und zielgruppengerechte Versorgung in ganz Nordrhein-Westfalen zu schaffen, sagte Heimatministerin Ina Scharrenbach. Das sozialwissenschaftliche Institut »zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.« aus Göttingen wird die Studie durchführen; mit ersten Ergebnissen ist im Frühjahr 2020 zu rechnen. In Form einer Online-Erhebung sollen laut Angaben des Ministeriums Gleichstellungsbeauftragte sowie Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten aller Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen befragt werden, sowie auch alle Frauenhilfeeinrichtungen. Insgesamt unterstützt die Landesregierung 62 Frauenhäuser, 58 allgemeine Frauenberatungsstellen, 52 Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt. Acht spezialisierte Beratungsstellen für Menschenhandelsopfer sowie zwei Beratungsstellen für Opfer von Zwangsheirat erhalten Landeszuwendungen.
<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/ministerin-scharrenbach-studie-startet-landesregierung-untersucht-schutz-und>

Der Deutsche Caritasverband und seine Fachverbände wollen keine Zulassung nichtinvasiver Pränataltests als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung

In einer gemeinsamen Stellungnahme fordern der Deutsche Caritasverband und seine Fachverbände den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen die Zulassung von nichtinvasiven Pränataltests als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen. Mit den nichtinvasiven Pränataltests können genetische Auffälligkeiten, wie Trisomie 21, beim Embryo in einer frühen Phase der Schwangerschaft festgestellt werden. In diesem Jahr soll über die Zulassung der Pränataltests als Kassenleistung entschieden werden. Die Verbände fordern eine bessere Zusammenarbeit von ärztlicher und unabhängiger, psychosozialer Beratung. Außerdem müsse sich das politische Handeln an der UN-Behindertenrechtskonvention orientieren, betonen die Verbände in ihrer Stellungnahme. Es solle verhin-

dert werden, dass sich der Wert eines Menschen danach bemesse, ob er nach gängigen Vorstellungen gesund sei. Dies führe dazu, Menschen in lebenswert und nicht lebenswert einzuteilen. Dies gelte es zu verhindern, sagte Caritas-Präsident Peter Neher.

https://www.meine-caritas.de/files/newsletters/ee2e0676-a6de-472b-b8b5-40f82a85bb4f/6047d691-6cde-4161-8779-a3a4ff91fa92/documents/Stellungnahme%20Praenataltest_16012019.pdf

Paritätischer fordert Reformpaket gegen Altersarmut

Der Paritätische Gesamtverband fordert zur Bekämpfung von Altersarmut ein umfassendes Maßnahmenpaket: Von einer Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent bis zur Erhöhung der Regelsätze in der Altersgrundsicherung von 424 Euro auf 628 Euro.

Laut dem Paritätischen Armutsbericht sind ein Viertel der erwachsenen Armen in Deutschland in Rente oder Pension. Laut Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, kämen viele Langzeitarbeitslose und Menschen aus dem Niedriglohnsektor in den nächsten Jahren ins Rentenalter. Für viele von ihnen sei der Weg in die Altersarmut vorprogrammiert. Laut Schneider seien die Neuregelungen bei den Erwerbsminderungsrenten und der so genannten Mütterrente Verbesserungen, reichten aber nicht aus, um Altersarmut wirksam zu vermeiden. Zusätzlich müsse bereits im Erwerbsleben angesetzt und die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden, fordert der Paritätische.

<https://www.der-paritaetische.de/presse/armutsbericht-2018-paritaetischer-korrigiert-falsche-bilder-der-armut-und-fordert-neue-armutspolitik/>

Wachsender Fachkräftebedarf – AGJ fordert Gesamtstrategie zur Personalentwicklung

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe (AGJ) warnt vor einem Mangel an pädagogischen Fachkräften und fordert eine langfristige Personalentwicklungsstrategie. Nach aktuellen Berechnungen der AGJ und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik wird es im Jahr 2025 voraussichtlich

Termine



Zukunftscamp – Pflege & Betreuung: Das Morgen heute neu denken 24.–25.4.2019 in Innsbruck. www.zukunftscamp.at

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) 26.–27.4.2019 in Stuttgart. <https://www.dgsa.de/aktuelles-aus-der-dgsa/>

Didaktik – Diagnostik – Digitalisierung: Herausforderungen der zweiten Dekade der UN-Behindertenrechtskonvention 9.–11.5.2019 in Weimar.

<https://www.dvfr.de/veranstaltungen/detail/event/didaktik-diagnostik-digitalisierung-herausforderungen-der-zweiten-dekade-der-un-behindertenrech/>

11. Kongress der Sozialwirtschaft – Führung gestaltet 16.–17.5.2019 in Magdeburg www.sozkon.de

REHAB – Fachmesse für Rehabilitation, Therapie, Pflege und Inklusion 16.–18.5.2019 in Karlsruhe. <https://www.rehab-karlsruhe.com/website/home/index.jsp>

Denkwerkstätte Graz 2019 – Folgen der Digitalisierung im Dienstleistungssektor

21.5.2019 – 22.5.2019 in Graz. <https://denkwerkstaette.uni-graz.at/>

Caritas – Charity – Philantrophie – Corporate Citizenship 27.–29.6.2019 in Mettingen. <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-37782>

Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft 27.–29.5.2019 in Bonn. <https://www.dijuf.de/fachveranstaltungen-150.html>

Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit 2019: Soziale Arbeit in Zeiten des Rechtspopulismus 29.5.–1.6.2019 in Bielefeld. <https://gilde-soziale-arbeit.de/soziale-arbeit-in-zeiten-des-rechtspopulismus-jahrestagung-2019/>

Fachtagung Übergangsmanagement, DBH, Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik 24.–25.6.2019 in Frankfurt am Main. <https://www.dbh-online.de/bildungswerk/fachtagung/uebergangsmanagement>

Altenheim EXPO 2019 25.–26.6.2019 in Berlin. <http://www.altenheim-expo.net/>

Mit uns ist zu rechnen! Selbst-Vertreter stärken sich 29.–31.8.2019 in Leipzig. <https://www.inform-lebenshilfe.de/>

IFSW EUROPA KONFERENZ: SOZIALSCHUTZ UND MENSCHENWÜRDIGKEIT 8.–11.9.2019 in Wien. <https://www.ifsw.org/de/event/ifsw-europe-conference-social-protection-and-human-dignity/>

Lernwelten 2019 – Pflege- und Gesundheitspädagogik 12.–13.9.2019 in Klaggenfurt. <https://pflege-professionell.at/event/lernwelten-2019>

ÖFEB Kongress 2019: Vermessen? Zum Verhältnis von Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungspraxis 17.09.2019 – 20.9.2019 in Linz. https://ph-ooe.at/oefeb_kongress

Wissenschaftliche Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) 19.–21.9.2019 in Hamburg. <http://www.dgsf-tagung-2019.de/>

Bundestagung Inobhutnahme 20.9.2019 in Erkner. https://www.igfh.de/cms/buta_inobhutnahme_2019

Dialogpartner Technik? – Werkstattgespräch »Brennpunkte schulischer und außerschulischer Erziehungshilfe« 27.9.2019 in Hannover. <https://www.ifs.phil.uni-hannover.de/>

Invest in Future 15.–16.10.2019 in Stuttgart. <https://www.invest-in-future.de/>

Con Sozial 2019 6.–7.11.2019 in Nürnberg. <https://www.consozial.de/>

7. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Geschlechterforschung 7.11.2019–9.11.2019 in Innsbruck. <https://www.uibk.ac.at/events/2019/11/07/7-jahrestagung-der-oesterreichischen-gesellschaft-fuer.xml>

36. Internationaler Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – Sicherheit, Gesundheit, Ergonomie 5.–8.11.2019 in Düsseldorf. <https://www.aplusa.de/>

Gesundheit für alle?! Benachteiligungen erkennen – Handlungsspielräume nutzen 14.–15.11.2019 in Kassel. <https://dvsg.org/dvsg-bundeskongress/>

eine Personallücke von etwa 125.000 pädagogischen Fachkräften geben. Eine koordinierte Personalstrategie müsse laut AGJ, alle Handlungsfelder und angrenzenden Schnittstellen umfassen. Nur so sei es möglich, die Erwartungen an die Kinder- und Jugendhilfe fachlich verantwortlich zu erfüllen sowie bestehende bzw. zukünftige Rechtsansprüche zu gewährleisten.

https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2018/Dem_wachsenden_Fachkr%C3%A4ftebedarf_richtig_begegnen.pdf

Höhere Bildung zu herkunftsabhängig

Bezugnehmend auf den Nationalen Bildungsbericht 2018 fordert die Linksfraktion im Deutschen Bundestag in einem Antrag die Erarbeitung einer bundesweiten Bildungsstrategie gemeinsam mit Ländern und Kommunen, welche die bildungsbedingten Ungleichheiten bekämpft. Der Zugang zu Bildung sei nach wie vor nicht für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet. Der Nationale Bildungsbericht zeige unter anderem, dass es besonders

große Unterschiede zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen gebe. So sei Ostdeutschland im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern von einer doppelt so hohen Zahl von jungen Menschen ohne Schulabschluss betroffen.

Während junge Menschen mit akademisch gebildeten Eltern fast zu 80 Prozent studierten, sei dies nur bei zwölf Prozent der Kinder von Eltern ohne akademischen Abschluss der Fall. Auch in der beruflichen Bildung beeinflussten sozialstrukturelle Aspekte die Erfolgchancen junger Leute. www.bundestag.de

Kennzahlen

800 Millionen

Zahl der Menschen, für die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Achtung der Menschenrechte überwacht und die in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats leben.

(<https://www.coe.int/de/web/portal/gerichtshof-fur-menschenrechte>)

638

Anzahl der Beschwerden gegen Deutschland, mit denen sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2017 befasste und von denen 621 für unzulässig erklärt oder in seinem Register gestrichen wurden.

(https://www.echr.coe.int/Documents/CP_Germany_DEU.pdf)

1,3 Milliarden

Mit dieser Summe unterstützt die EU das »Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)«, welches sich für die Verteidigung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Das Instrument ist für den Zeitraum 2014–2020 mit einem Haushalt von 1,3 Milliarden Euro ausgestattet.

(https://europa.eu/european-union/topics/human-rights_de)

69 %

Anteil der Deutschen, die statt des Religionsunterrichts einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Schüler bevorzugen.

(<https://yougov.de/news/2016/09/28/mehrheit-fur-abschaffung-des-religionsunterrichts-/>)

709

Anzahl der gedruckten Exemplare der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die Amnesty International der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth für die Abgeordneten des Bundestags am Tag des 70-jährigen Jubiläums überreichte.

(<https://netzpolitik.org/2018/was-der-bevoelkerung-am-herzen-liegt-amnesty-umfrage-zu-70-jahre-menschenrechte/>)

58 %

Anteil der deutschen Bevölkerung, der laut einer Umfrage der deutschen Sektion von Amnesty International findet, dass Menschenrechte bei der täglichen Arbeit des Bundestages nicht ausreichend berücksichtigt werden.

(<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-70-jahre-menschenrechte-deutsche-politik-muss-aktiver-fuer-die>)

Caritas-Kampagne 2019 setzt auf digitale Strategien in der Sozialen Arbeit

Mit ihrer neuen Kampagne »sozial braucht digital« will die Caritas die Auswirkungen der digitalen Transformation in der sozialen Arbeit in den Fokus rücken. Digitale Teilhabe sei zu einer Voraussetzung für soziale Teilhabe geworden, sagte Caritas-Präsident Peter Neher. Es werde noch wichtiger werden, dass Menschen digitale Kompetenzen erwerben, ist Neher überzeugt. Die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen lasse sich jedoch nur verwirklichen, wenn die digitalen Entwicklungen im sozialen Bereich reflektiert in die Praxis umgesetzt würden. Das die digitale Transformation nicht nur Optimismus sondern auch Sorgen bereite bleibe nicht aus. Die Caritas-Kampagne wolle die Chancen deutlich machen und dabei die Risiken in den Blick nehmen und Lösungen anbieten, so Neher. »Die digitale Entwicklung braucht die soziale Komponente. Darauf macht die Caritas-Kampagne auch aufmerksam.«

(<https://www.caritas.de/magazin/kampagne/sozial-braucht-digital>)

Alleinerziehenden-Freibetrag unverändert

Für Alleinerziehende ist keine weitere Erhöhung des Freibetrags geplant. Den Freibetrag erhalten etwa 1,3 Millionen Steuerpflichtige. Die geschätzten jährlichen steuerlichen Mindereinnahmen werden von der Bundesregierung mit rund 600 Millionen Euro angegeben. Würde man den Freibetrag um 20 Prozent anheben, führte dies laut Berechnungen der Regierung zu Steuermindereinnahmen von 170 Millionen Euro. Bei einer Anhebung um 50 Prozent würde es zu Mindereinnahmen von 280 Millionen kommen.

www.bundestag.de

Sozialmanagement-Studium für Erzieher

Die Löhe-Hochschule bietet ein Sozialmanagement-Studium für Erzieher und Erzieherinnen sowie Heilpädagogische Fachkräfte oder eine vergleichbare Fachkraft aus dem Sozialwesen an. Der Studiengang ist ein berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengang und dauert sieben Semester. Er beginnt immer im Oktober. Die Präsenzphasen finden an ein bis zwei Wochenenden

pro Monat auf dem Campus der Wilhelm Löhe Hochschule in Fürth oder bei einer kooperierenden Einrichtung statt.
<https://www.wlh-fuerth.de/studiengaenge/sozialmanagement/>

Entgelttransparenzgesetz zeigt kaum Wirkung

Theoretisch müssten Frauen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer. Dies soll durch das seit Mitte 2017 geltende Entgelttransparenzgesetz sichergestellt werden. Forscher vom WSI und Forscherinnen vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (INES Berlin) haben analysiert, was sich aus der Sicht von Betriebsräten in den ersten Monaten nach der Einführung des Gesetzes getan hat: nämlich nicht viel.

Nur in zwölf Prozent der Betriebe ist die Geschäftsführung aktiv geworden.

Doch auch die Beschäftigten sind zögerlich: Knapp 13 Prozent der Angestellten in mittelgroßen Betrieben und 23 Prozent in großen Unternehmen haben sich an den Betriebsrat gewandt, um ihr Gehalt überprüfen zu lassen. Die Forscher empfehlen, das Entgelttransparenzgesetz verbindlicher zu gestalten. Die Prüfung der betrieblichen Gehaltsstrukturen müsse für die Unternehmen verpflichtend sein und auch Beschäftigte in kleineren Betrieben sollten mit einbezogen werden. Für Verstöße gegen die gesetzlichen Verpflichtungen sollten Sanktionen festgelegt werden.

https://www.boeckler.de/118089_118099.htm

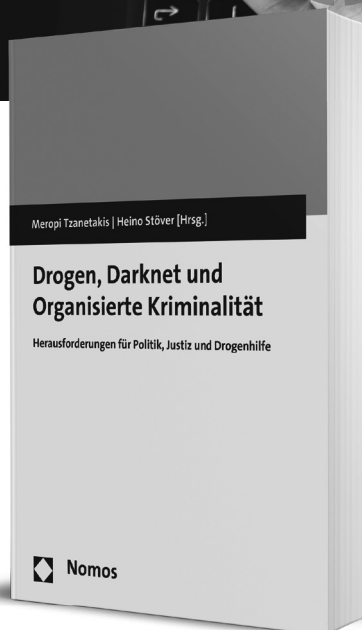
Hilfen für HIV-infizierte Bluter dynamisiert

Der Bund übernimmt seit 2019 infolge der Neufassung des HIV-Hilfegesetzes

2017 die Finanzierung der HIV-Stiftung »Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen«. Um den in den 1980er-Jahren mit HIV infizierten Blutern schnell helfen zu können, sei 1995 mit dem HIV-Hilfegesetz das Modell einer Stiftung mit der Zahlung einer humanitären Hilfe und nicht das einer Rentenzahlung gewählt worden. Seit Bestehen der Stiftung seien den Betroffenen 265,3 Millionen Euro an Stiftungsmitteln zugewiesen worden. Ende 2017 erhielten noch 535 Personen diese Hilfe.

Die Leistungen seien einkommenssteuerfrei und würden nicht auf andere Leistungen angerechnet sowie auch nicht bei der Ermittlung von Einkommen und Vermögen berücksichtigt. Daher werde auch kein rückwirkender Inflationsausgleich der Zahlungen erwogen.

www.bundestag.de



Drogen im Darknet – Organisierte Kriminalität 2.0

Drogen, Darknet und Organisierte Kriminalität

Herausforderungen für Politik, Justiz und Drogenhilfe

Herausgegeben von Dr. Meropi Tzanetakis und Prof. Dr. Heino Stöver

2019, 280 S., brosch., 54,- €

ISBN 978-3-8487-3998-1

nomos-shop.de/29310

Die Beiträge des Bandes basieren auf sozialwissenschaftlichen Forschungserkenntnissen, juristischen Analysen sowie Erfahrungen aus der Praxis und stellen die erste umfassende deutschsprachige Publikation zur komplexen Thematik dar.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos